

Juni
2022



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Geschäftsführerin
Andrea Wicklein

Ansprache Präsident

Dr. Franz Josef Jung

Informationen

Termine

Personalien

Berichte / Erlebtes

Mitgliederversammlung
in Berlin

Europäische Assoziation:
Vorstandssitzung und
Generalversammlung in
Helsinki

Interview Süddeutsche
Zeitung Magazin
Prof. Dr. Rita Süßmuth

Kontakttreffen Ehemalige
der Landtage

Mein Leben danach

Erlesenes

Aktuelles

Jubilare

Mitgliederversammlung im Bundesfinanzministerium



© BfM / Hendel

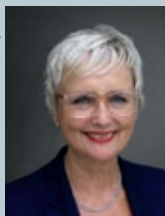


© VeMiB



© VeMiB

Editorial



Unsere Vereinigung feiert in diesem Jahr ihren 45. Geburtstag! Gegen Ende der VII. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages entwickelten einige aktive und ehemalige Abgeordnete Vorstellungen darüber, wie ein „Zusammenwirken der politischen Generationen“ organisiert werden könnte. Daraus entstand die Idee, einen Verein zu gründen, der den Kontakt des Bundestages zu den Ehemaligen pflegt und daraus eine „kontinuierliche Tradition in diesem Personenkreis und damit für den Bundestag selbst, im weiteren Sinne auch für den Parlamentarismus in Deutschland“ etabliert.

Die erste größere interfraktionelle Beratung über die Gründung einer Vereinigung fand am 9. Februar 1977 in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in der Villa Dahm in Bonn in Anwesenheit der Bundestagsvizepräsidenten Liselotte Funcke (FDP) und Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) statt. Am selben Ort wurde am 3. Mai 1977 die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Deutschen Bundestages aus der Taufe gehoben und namhafte Persönlichkeiten wie der Bundestagspräsident a. D. Prof. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU) zum Vorsitzenden, Bundestagsvizepräsident Dr. Carlo Schmid (SPD) und Prof. J. F. Volrad Deneke (FDP) zu stv. Vorsitzenden, sowie Hedwig Meermann (SPD) zur Schatzmeisterin gewählt. Erst sieben Jahre nach der Gründung am 20. März 1984 wurde durch eine Satzungsänderung auch den ehemaligen Abgeordneten des Europaparlaments die Mitgliedschaft ermöglicht und der Name der Vereinigung entsprechend ergänzt. Das erste gedruckte Nachrichtenblatt erschien im Januar 1986.

Heute zählt unsere Vereinigung über 700 Mitglieder und hat sich als wichtige Institution der Kontaktpflege und des Austausches zwischen den Ehemaligen und den Aktiven etabliert und leistet damit einen wichtigen Beitrag für den Parlamentarismus in Deutschland. Den Gründern und den vielen ehrenamtlich tätigen Vorständen ist es zu verdanken, dass wir heute auf 45 spannende und lebendige Jahre Vereinsleben zurückblicken. Ich freue mich darüber, einen Teil des zukünftigen Weges mit gestalten zu dürfen.

Ihre

Quelle: Aufzeichnungen zur Geschichte der Vereinigung von Hedwig Meermann

Informationen

Termine 2022

- 20.–22.09.2022 Mitgliederreise nach Sachsen
- 13.–15.10.2022 Treffen des Vorstandes der Europäischen Assoziation in Berlin
- 28./29.11.2022 Mitgliederveranstaltung in Berlin

Personalien



Malte Spitz, Kerstin Müller, Lutz Goebel, Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier, Gudrun Grieser, Dr. Reinhard Göhner, Andrea Wicklein, Bundesjustizminister Marco Buschmann (v. l. n. r.)

Am 17.5.2022 bekamen **Andrea Wicklein** und **Dr. Reinhard Göhner**, Parl. Staatssekretär a. D., vom Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier die Ernennungsurkunde für den Nationalen Normenkontrollrat. Damit wurden sie als Mitglieder in das unabhängige Beratungsgremium der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung berufen.

Im Februar wurde **Doris Barnett** zur Stv. Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen gewählt. Gemeinsam mit dem Bundeswahlbeauftragten Peter Weiß bereitet sie die 2023 anstehenden Sozialversicherungswahlen vor.



Dr. Daniela De Ridder hat am 3.6.2022 erneut die Mitgliedschaft im deutschen Bundestag erworben. Sie rückt über die Landesliste Niedersachsen für die ausgeschiedene Abgeordnete Yasmin Fahimi nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich unsere neuen Mitglieder auf das herzlichste begrüßen. Seit der letzten Bundestagswahl haben wir 75 Mitglieder aufgenommen. Stand Juni haben wir zwischenzeitlich 713 Mitglieder und es kommen immer wieder neue Anmeldungen hinzu.

Unsere Mitgliederversammlung im April war sehr erfolgreich. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass wir uns im Bundesfinanzministerium mal wieder in Präsenz treffen konnten. Das Interesse an unserer Versammlung war so groß, dass leider nicht alle persönlich teilnehmen konnten. Um allen Mitgliedern eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde die Veranstaltung erstmalig per Video übertragen. Ich bin Staatssekretär Werner Gatzer sehr dankbar für die Vertretung von Bundesfinanzminister Christian Lindner, der coronabedingt leider nicht teilnehmen konnte. Auch das Gespräch mit General a. D. Dr. Klaus Wittmann und die anschließende Diskussion zum Krieg in der Ukraine hat viele von uns nachdenklich werden lassen.

Leider hat sich seit unserem letzten Treffen die Lage in der Ukraine weiter verschlechtert. Ich bin vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dankbar für ihre großartige Unterstützung und die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge. Wenn der russische Präsident Putin sich jetzt mit Peter dem Großen vergleicht, so lässt sich über die weitere Entwicklung nichts Gutes ahnen. Ich halte es für notwendig, dass wir die tapfer sich verteidigende Ukraine weiter aktiv unterstützen. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass die Sanktionen gegen Russland wirken und diese Einfluss auf eine Beendigung des Krieges haben.

Die Zeitenwende in Deutschland macht sich auch sehr in der Unterstützung für die Bundeswehr bemerkbar. Zwischenzeitlich wurde das 100 Milliarden Euro Paket beschlossen, das die Fähigkeitslücken der Bundeswehr beseitigen soll.

Der Krieg in der Ukraine und die allgemeine Entwicklung haben allerdings auch in Deutschland zu einer Veränderung der Lebensverhältnisse geführt. Insbesondere im Energiebereich aber auch darüber hinaus haben sich die Lebenshaltungskosten erheblich verteuert. Leider haben bisher die Entlastungspakete der Bundesregierung insbesondere an den Tankstellen kaum positive Wirkung für die Bürger erzielt.

In den Ländern Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wurden zwischenzeitlich Landtagswahlen durchgeführt mit durchaus unterschiedlichen Ergebnissen. Es zeigt sich einmal mehr, dass neben der Partei die Person des Spitzenkandidaten von entscheidender Bedeutung ist. Sowohl im Saarland als auch in Hessen gibt es nun eine neue Ministerpräsidentin beziehungsweise einen neuen Ministerpräsidenten.



Im September ist unsere Mitgliederreise nach Sachsen geplant. Beim Empfang des Landtagspräsidenten werden wir dann auch den sächsischen Ministerpräsidenten und unser Mitglied Michael Kretschmer treffen. Ich freue mich, wieder viele Kolleginnen und Kollegen in der Zeit vom 20. bis 22. September in Dresden begrüßen zu können.

Ich wünsche uns allen einen schönen Sommer, den wir hoffentlich bei guter Gesundheit genießen können. Auch hoffe ich, dass uns die Corona Entwicklung vor weiteren Einschränkungen bewahrt.

Ihr

Neue Herausforderungen für die Finanzpolitik



Staatssekretär Werner Gatzler

Der Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte vor langer Zeit die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Bundestages und des Europäischen Parlaments zum Gespräch eingeladen. Doch der Minister, der zur Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Woche zuvor nach Washington geflogen war, musste wegen seiner Covid-Erkrankung und der Pflicht, einige Tage in Quarantäne in den USA zu bleiben, leider die Begegnung mit den Ehemaligen absagen. Sein Staatssekretär, Werner Gatzler, begrüßte deshalb die ehemaligen Abgeordneten im Matthias-Erzberger-Saal des Bundesfinanzministeriums.

Gatzler, der aus seiner Nähe zur SPD keinen Hehl machte, hat bereits

vielen Finanzministern „gedient“ – Steinbrück, Schäuble, Scholz – und ist unbestritten der beste finanz- und haushaltspolitische Experte. Er machte deutlich, dass sich mit der Coronapandemie und insbesondere mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine neue politische Herausforderungen ergeben. Der vom Bundeskanzler Olaf Scholz verkündeten Zeitenwende soll insbesondere mit einem Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die bessere Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr begegnet werden. Zudem wird der Verteidigungshaushalt nachhaltig aufgestockt – auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Außerdem sind weitere finanzpolitische Aufgaben zu lösen. Dabei stehen etwa die Energiewende, die Explosion der Energiepreise, die Versorgungsprobleme durch Ernteausfälle in der Ukraine und Russland, die auf über sieben Prozent gestiegene Inflation und baldmögliche Zinserhöhungen im Fokus. Zugleich soll die riesige Neuverschuldung,

die in den letzten Jahren notwendig war und 2022 bei 140 Mrd. Euro liegen dürfte, ab 2023 wieder deutlich verringert werden; die Schuldenbremse soll möglichst schon 2023 wieder eingehalten werden. Dafür sind nach der politischen Vorgabe keine Steuererhöhungen vorgesehen. Allerdings lässt die hohe Inflation die Einnahmen des Fiskus trotz eines zunächst mäßigen Wirtschaftswachstums kräftig steigen. Ob diese Zuflüsse in den Bundeshaushalt reichen werden, um damit die vor allem für Bezieher niedriger Einkommen sich aus den Energiepreisexplosionen ergebenden Härten auszugleichen, ist nicht sicher. Staatssekretär Gatzler ließ deutlich erkennen, dass der Weg zur „schwarzen Null“, den sein Minister bald anstrebt, außerordentlich schwierig werden dürfte.

Die Abgeordneten dankten dem erfahrenen und kundigen BMF-Staatssekretär für seine offenen Informationen und profunden Antworten auf manche sorgenvolle Frage.

Friedhelm Ost



Bundesfinanzministerium



Dr. Franz Josef Jung, Werner Gatzler, Andrea Wicklein (v. l. n. r.)

Diskussion mit Dr. Klaus Wittmann

Der deutsche Historiker, Publizist und Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr Dr. Klaus Wittmann nahm in seinem Vortrag Stellung zur aktuellen Diskussion über die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine. Er vertrat sehr kurzfristig den ursprünglich angekündigten Referenten Prof. Carlo Masala, wofür ihm der Präsident der Vereinigung ausdrücklich dankte.

Dr. Klaus Wittmann bezog sich auf seinen offenen Brief an die Abgeordneten des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages. Grundsätzlich bezeichnete er den Krieg als einen Versuch eines „vom Cäsarenwahn befallenen Diktators, mit brutalsten Mitteln sein Nachbarland Ukraine zu unterwerfen, zu zerstückeln sowie als Staat und Volk auszulöschen“.

Von Begründung und Zielsetzung sei der Krieg verbrecherisch und es bestünde die Gefahr, dass Putin, falls er damit Erfolg hätte, den Krieg über die Ukraine hinaus ausweiten würde. Aus diesem Grund müsse alles getan werden, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine auch mit deutschen Waffen zu stärken, wobei Dr. Klaus Wittmann die bisherigen Maßnahmen als „vielfach zu zögerlich, zu spät und zu spärlich“ beurteilte. Am Ende würde sich Deutschland mit dem Makel auseinandersetzen müssen, nicht alles zur Selbstbehauptung der Ukraine getan zu haben.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages setzte sich der Brigadegeneral a. D. mit den in der aktuellen Debatte im Vordergrund stehenden fachlichen Argumenten auseinander und erläuterte seine diesbezügliche Meinung. Die diskutierte Gefahr eines Atomkrieges bei Lieferung von Kampfpanzern bezeichnete er



Dr. Klaus Wittmann, Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr

als eine „Art von Selbstabschreckung“, die besonders bei den Deutschen eine große Rolle spiele und die Putin genüsslich ausnutze. Auch der schlechte Ausrüstungsstand der Bundeswehr dürfe „bei festem Willen“ kein Hinderungsgrund sein, ebenso nicht der Ausbildungsbedarf für Leopard- und Marderpanzer, die laut Wittmann aus eigener Erfahrung in wenigen Wochen vorstellbar sei, zumal der Krieg wohl noch einige Zeit andauern würde. Die geplante Aufstockung eines Sonderhaushalts zur „militärischen Ertüchtigung befreundeter Streitkräfte“ mit einem erhöhten Ansatz für die Ukraine, die sich davon Waffen kaufen könnte, würde als Versuch der Bundesregierung kritisiert, sich „freizukaufen“ und auch der beschlossene Ringtausch sei eine Relativierung der bislang zitierten Argumentationslinien der Bundesregierung, da dieser Slowenien der Atomkriegsgefahr bei Panzerlieferungen aussetzen würde.

Als Fazit plädierte Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann für eine schnellere Unterstützung der Ukraine mit sofort einsetzbaren Großgeräten und weiteren Ausrüstungen für ihre Selbstverteidigung. Die Diskussion sollte sich nicht auf Panzer beschränken. Dabei solle die Bundesregierung eine führende Rolle einnehmen.

Die anschließenden Wortmeldungen der Mitglieder spiegelten die aktuelle Debatte zwischen Befürwortern und Kritikern der Lieferung schwerer Waffen wider. Eine Frage war auch, mit welchem Szenario man an den Verhandlungstisch zurückkehren könnte.

Andrea Wicklein

Besuch im Humboldt Forum



Kuppel Humboldt Forum

Ein kultureller Höhepunkt unserer Mitgliederversammlung war die Einladung ins Humboldt Forum. Und viele Mitglieder sind ins Berliner Schloss gekommen. Es lag sicherlich auch daran, dass wir die Gelegenheit hatten, den Generalintendanten des Humboldt Forums, Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh, kennenzulernen und mit ihm diskutieren konnten.

Zu Beginn hat er den Bogen gespannt über die Geschichte dieses Ortes, angefangen vom Schloss der Kurfürsten, die Jahre 1848, 1919 bis zum politischen Abriss des Schlosses im Jahre 1950. Bis 1973 war dort ein leerer Platz und dann wurde der Palast der Republik an diese Stelle gebaut. Die Spuren aus dieser Geschichte findet man überall im Haus: im Schlüterhof, seinen

6 Portalen, insbesondere dem Eosanderportal, dem Zugang zum Foyer.

Der Werdegang von der Idee des 1992 gegründeten Fördervereins Berliner Schloss bis zur Eröffnung im Herbst 2020 war ein sehr langer, wechselhafter Prozess, der zuweilen heftig kritisiert wurde. Eine internationale Expertenkommission legte 2002 ihren Bericht vor, der die Wiederherstellung der Barockfassaden in der Verbindung mit einer modernen Nutzung als Museum der Weltkulturen vorschlug. Der Deutsche Bundestag, insbesondere die Ausschüsse Kultur und Medien, denen ich angehörte, und Finanzen berieten intensiv darüber und am 4. Juli 2002 wurde dieses Projekt mit einer fast Zweidrittelmehrheit im Bundestag beschlossen.

Der Name Humboldt Forum wurde bewusst gewählt, haben doch Alexander und Wilhelm von Humboldt mit ihren Reisen und Forschungen die Kultur- und Naturwissenschaften im Zu-

sammenhang gesehen. An dieses geistige Erbe soll mit mehreren Sammlungen erinnert werden und einen Dialog der Weltkulturen in der Mitte Berlins eröffnen.

Wie kann dieses globale Wissen ein großes Publikum in der Gesellschaft erreichen? Das war keine leichte Frage. So hat man sich für ein offenes Haus ohne Security und eine 3-jährige Eintrittsfreiheit entschieden. Und die Rechnung geht auf. Das Haus wird von den vielen Besuchern angenommen. Ob das so bleiben kann, wird auch vom Bundeshaushalt mitentschieden werden müssen.

Neben der Geschichte des Ortes, dem geistigen Erbe der von Humboldts, widmet sich das Haus dem dritten Kernthema „Kolonialismus und Kolonialität“. Durch das Zusammenspiel von Humboldtstiftung, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Humboldt-Universität hat sich



Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh, Generalintendant Humboldt Forum



Mitglieder der Vereinigung

eine weltweite Kommunikation und Kooperation entwickelt. Und das geht weit über das sehr in der Öffentlichkeit stehende Thema der Restitution hinaus.

Der Umgang mit der Kolonialgeschichte wird sehr unterschiedlich in den Ländern gesehen, z. B. in Nigeria, Tansania, Namibia, Tibet, Hongkong, Taiwan oder China. Dazu gibt es viele kulturelle Veranstaltungen im Haus, die die Auseinandersetzung mit dem Thema Restitution deutlich machen.

In der anschließenden Diskussion gab es dazu Fragen und zur historischen Fassade und zur Kuppel, zum Erbe des Palastes der Republik, dass man an verschiedenen Stellen entdecken

kann. Natürlich wurden auch Fragen zur Finanzierung des Hauses gestellt.

Vielen Dank an Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh. Das war eine äußerst interessante Einführung in dieses Haus mit so einem spannenden Programm. Wer Lust und Zeit hatte, konnte sich danach in einem Rundgang einen Überblick über die Fülle der Angebote und der Ausstellung verschaffen.

Neben der Ausstellung „Songlines: Sieben Schwestern erschaffen Australien“, die bis 30.10.2022 besichtigt werden kann, bietet das Humboldt Forum sechs Dauerausstellungen. So erzählt bspw. „Berlin Global“ wie die Stadt und von ihr ausgehende Geschehnisse die Welt verändert haben und wie zugleich globale

Ereignisse auf Berlin wirken. Im „Schlosskeller“, dem einzig erhaltenen Bereich des Berliner Schlosses, finden sich die ältesten Zeugnisse zur Geschichte des Ortes. Besucher und Besucherinnen begeben sich im „Videopanorama“ auf eine visuelle Zeitreise durch acht Jahrhunderte.

Ich war von einem Besuch im ersten Teil des Ethnologischen Museums ganz begeistert und weiß, dass ich wiederkommen werde. Das Haus wird stetig wachsen und neue Angebote anbieten.

Angelika Krüger-Leißner

Treffen Europäische Assoziation 16.–18.6.2022 in Helsinki

Seminar „Keep the bear calm – Finnlandisierung“

Die deutsche Delegation der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter von Mitgliedstaaten des Europarates (EA) bestand aus dem EA-Ehrenpräsidenten Prof. Dr. Uwe Holtz, den Vorstandsmitgliedern Dr. Edith Niehuis (Dr. Peter Paziorek war nicht anwesend) und Dr. Elisabeth Altmann in Vertretung für Roland A. Kohn. Der Vorstand der EA bestätigte diese deutsche Delegation für die nächsten zwei Jahre.

Im Oktober findet das Seminar „Von einer Diktatur in eine Demokratie – Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung“ in Berlin statt. Der EA-Vorstand hat den Vorschlag von Prof. Dr. Uwe Holtz gutgeheißen, die „Berliner Erklärung“ zum Thema „Europa angesichts globaler Mächte“ (BE: Roland A. Kohn) allen Abgeordneten der Parl. Versammlung des Europarates zuleiten zu lassen. Nach einer Umfrage wurde das Thema „Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik – die Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ für das nächste Kolloquium der EA beschlossen.

EA-Präsident Rune Rydén nahm nach einem kurzen Rückblick seiner Amtszeit die Ehrung ausscheidender Mitglieder vor. Er erinnerte auch an den Einsatz des verstorbenen deutschen Vorstandsmitglieds Klaus Francke. Für die Position des Präsidenten bewarben sich Jean-Pierre Fourré, ehemaliger



Dr. Edith Niehuis, Jean-Pierre Fourré, Dr. Walter Schwimmer, Prof. Dr. Uwe Holtz, Dr. Elisabeth Altmann (v. l. n. r.)

Vizepräsident der französischen Nationalversammlung, und Dr. Walter Schwimmer, ehem. Nationalratsabgeordneter aus Österreich. Das Ergebnis der Vorstandswahl ergab ein Patt. Dario Rivolta schlug vor, dass ein Bewerber ein Jahr lang das Amt inne haben solle und der jeweils andere die Vizepräsidentschaft. Dies wurde von der Versammlung bestätigt. Jean Pierre Fourré übernimmt das erste Jahr. Da im geschäftsführenden Vorstand keine Frau vertreten ist, wurde ein besonderes Mandat für Genderfragen an Jaqueline Herzet, ehemalige belgische Senatorin, vergeben und der Vorstand beauftragt, Regelungen zur angemessenen Vertretung von Frauen zu erarbeiten.

Markus Aaltonen, als Vertreter der finnischen Gastgeber, stellte sein Land vor. 5,5 Mio. Einwohner, 80 % Fläche Wald und 10 % Seen, 1.300 km Grenze zu Russland – womit das Thema des Seminars gegeben war: Finnlandisierung als politisches Schlagwort, das im Kalten Krieg vor allem von Franz Josef Strauß verwendet wurde als Kritik an der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung in Deutschland. Eine Diskussion zu diesem Thema ist auch in Deutschland wieder aufgeflammt. Bisher politisch neutral und außerhalb der Nato, befürworten 80 % der Finnen einen Nato-Beitritt.

Für Historiker Prof. Juhana Aunesluoma bedeutet der Beitritt Finnlands zur Nato keinen Bruch der bisherigen Außenpolitik. Finnland ist schon seit 30 Jahren nicht mehr neutral, so sein Statement. In Finnland gilt die Wehrpflicht und die militärische Ausrüstung ist kompatibel mit Nato-Standards. Die Finnen wussten immer, was es heißt neben einem hochgerüsteten Land zu leben. Das Trauma des Krieges prägt das Land bis heute.

Dass es keine eindeutige Interpretation zur „Finnlandisierung“ gibt, zeigte Dr. Pilvi Torsti, ehemalige Staatssekretärin und Professorin an der Uni Helsinki. Finnlandisierung bedeutet für sie das historische Gedächtnis der Finnen und die wichtigsten Ereignisse in der finnischen Geschichte. Diese sind laut Umfrage: die freie Erziehung und eine gemeinsame Schule bis zur 9. Klasse, der erbitterte Kampf der Finnen gegen die Sowjets im „Winterkrieg“ 1939 und das gleiche Stimmrecht für Männer und Frauen seit 1906.

Auf die Ausführungen der Expertin und Experten ergab sich eine Diskussion. Prof. Dr. Uwe Holtz fragte, wieso in den Referaten die Bedeutung der Aufnahme Finnlands in den Europarat im Mai 1989 nicht zur Sprache gekommen sei. Mit dem Beitritt Finnlands habe der Europarat das ganze, nicht-kommunistische demokratische Europa umfasst; im Übrigen sei der auf Finnland bezogene Begriff „Finnlandisierung“ schon Jahre zuvor unzutreffend gewesen.

Passend zum Thema wurde die Festunginsel Suomenlinna besucht. Eindrucksvoll war auch der Besuch im Parlament, welches seit 1907 aus 200 Abgeordneten besteht und die ersten weiblichen Abgeordneten hatte.

Elisabeth Altmann

Parität jetzt!

Interview mit Prof. Dr. Rita Süßmuth



Rita Süßmuth
Parität jetzt!: Wider die
Ungleichheit von Frauen
und Männern
Eine Streitschrift
Dietz-Verlag
Klappenbroschur,
128 Seiten,
16,80 €
978-3-8012-0547-8

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Dieser Satz wurde vor über 70 Jahren im Grundgesetz verankert, aber politisch fehlt bis heute der Wille zur konsequenten Umsetzung. Rita Süßmuth kämpft gegen die Folgen der Ungleichheit, erklärt ihre historischen Wurzeln und sagt, was geschehen muss für eine bessere Zukunft.

Ist Parität das Ziel, das Ihnen in Ihrer politischen Arbeit immer am wichtigsten war?

Nein. Aber mir und vielen von uns Frauen blieb damals gar nichts anderes übrig, als die Quote zu fordern. [...] Quote ist aber ein Anteil von etwas und weniger als die Hälfte. Meine Vorstellung ist: Wir sind zu gleichen Teilen beteiligt. Ich verstehe, dass junge Frauen keine Quotenfrauen sein möchten. Mich haben sie zunächst als Quotenfrau reingelassen. Das ist hässlich. Die jungen Frauen haben recht: Sie wollen wegen ihrer Leistung, ihres Könnens, ihrer Person beteiligt sein, wie die Männer. Dieser Gleichheitsgedanke bedeutet aber nicht, dass wir nicht anders sein können. Intelligenz ist nicht nur kognitives Denken, sondern es enthält auch das Soziale und das Emotionale. Wir haben immerzu einseitig das Kognitive betont. Wir wollen weiterkommen, sind wir auch, aber nicht in der Beteiligung und Einflussnahme. Parität überwindet diese alte Diskussion.

Gekürzte Fassung des Interviews von Gabriela Herpell und Lars Reichardt mit Prof. Dr. Rita Süßmuth, erschienen im Süddeutschen Zeitung Magazin 10/2022.

Siehe auch Artikel S. 15 zu „Gleichstellung in obersten Bundesbehörden“.

In *Parität jetzt!* Schreiben Sie, ein Problem sei die lange Überlebensdauer der Ansicht, dass Männer und Frauen grundsätzlich verschieden seien. Wie meinen Sie das?

Die unterschiedlichen Rollen sind überwiegend gelernt. Die Frauen für den privaten Bereich, die Familie, die Männer für das öffentliche Leben. [...] Das Anderssein hat sehr viel mit Prägung zu tun, aber es behaupten immer noch Theoretiker, es sei biologisch bedingt. Weil Frauen schwanger werden, Kinder bekommen. Das ist ein Faktor, aber nicht der entscheidende, dann wäre ja die Frau, die keine Kinder hat, nicht weiblich, und das ist Unsinn. Die Frauenforschung hat viel Gutes gebracht und Verbindendes aufgezeigt. Männer dürfen weinen. Lachen und Weinen sind menschliche Reaktionen. [...]

Wie erklären Sie sich die anhaltende Gegenwehr der Männer gegen die Parität?

Die Männer meinen, sie verlieren etwas. Sie haben nichts gegen das Wort, aber wenn das zur Folge hat, dass sie statt achtzig oder neunzig Prozent nur noch fünfzig Prozent sind,

verlieren sie an Macht und Einfluss. Gott sei Dank, gibt es kluge, einfühlsame Männer, für die die Parität längst eine Selbstverständlichkeit ist. Aber die hartgesottenen meinen, sie brauchen keine Frauen. Das ist ein Riesenskandal, weil das Grundgesetz etwas anderes festgesetzt hat: Männer und Frauen sind nicht nur gleichwertig, sondern gleichberechtigt. Frauen müssen strategisch einiges aufholen.

Sie interessiert das Geschlecht nur insoweit, als es egal sein sollte?

Entscheidend ist nicht das Geschlecht, sondern die Person. Ich bin gerne eine Frau, aber in meinem Kopf hoffe ich auch, beiden Geschlechtern anzugehören, mit Verstand und Gefühlen. Genauso wünsche ich jedem Menschen, nicht nur einem Typus, Kopf- oder Gefühlsmensch anzugehören. In jedem Fall möchte ich nicht, dass das Geschlecht argumentativ gegen eine Person eingesetzt wird. Denken Sie an die Diskussion um die Wiederwahl unseres Bundespräsidenten, als es hieß, müsste es nicht eine Frau werden? Aber dann drehen wir einfach nur die Welt um, stattdessen müssen wir endlich zu einer guten Mischung finden.

Kontakttreffen mit Ehemaligen der Landtage



© VeMiDB

scheiden sich aber auch im Format. Gerade für die Mitgliederreisen in die Bundesländer ist der Austausch untereinander wichtig. Staatsminister a. D. Dr. Alfred Beth, seit 12 Jahren Präsident der Ehemaligen von Rheinland-Pfalz, merkt an, dass gerade die älteren der Ehemaligen viele Jahre Erfahrung und Expertise mitbringen, die von den Aktiven mehr genutzt werden sollten. Da die Ehemaligen i. d. R. beruflich oder politisch nicht mehr Karriere machen wollen, sei der Austausch mit ihnen besonders wichtig.

Nach drei Jahren fand endlich am 23.6.2022 das 12. Kontakttreffen von Mitgliedern des Vorstands mit den ehemaligen Abgeordneten aus den Länderparlamenten statt. Sieben Länder (Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen) folgten der Einladung. Für Heinz Sahnen führten an diesem Tag vielleicht alle Wege nach Rom aber leider keiner von Nordrhein-Westfalen nach Berlin. Die angetretene Reise musste er leider abbrechen, da sowohl der Flug als auch die alternative Bahnfahrt storniert wurden.

Vereinigungen. So wurden in einigen Vereinigungen neue Vorstände gewählt. Volker Pöhler, schon lange im Vorstand, ist seit 2019 nun Vorsitzender der Vereinigung Thüringen. Auch die Parl. Vereinigung Niedersachsen hat mit dem Nds. Landtagsvizepräsidenten Bernd Busemann einen neuen Vorsitzenden. Gabriele Brakebusch, ehemalige Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, übernahm die Präsidentschaft der Ehemaligen-Vereinigung aus ihrem Bundesland und Senator a. D. Dietrich Wersich führt nun die Vereinigung ehemaliger Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft an.

Die Veranstaltungen der Vereinigungen, die in den vergangenen zwei Jahren kaum oder gar nicht stattfinden konnten, sind z. T. ähnlich, unter-

Auch das Thema Sicherheit wurde angesprochen. Es konnte festgestellt werden, dass die Zutrittsberechtigung für Ehemalige in den Landtagen unterschiedlich gehandhabt wird. So müssen in einigen Landtagen die Ehemaligen ihren Besuch anmelden. In Hessen bspw. erhalten nur die Vorstandsmitglieder der Ehemaligen-Vereinigung einen „Hausausweis“ für den Landtag, gleiches gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern.

Am Nachmittag statteten die Gäste dem Humboldt Forum einen Besuch ab. Auf der Dachterrasse war es aufgrund der Außentemperatur von 31°C zwar heiß, aber dafür entschädigte der tolle Ausblick über die Stadt.

Carmen Pägelow

Dr. Franz Josef Jung begrüßte die Gäste in der Hauptstadt. Er berichtete über die im April stattgefundenen Mitgliederversammlung und gab einen Ausblick auf die kommenden Veranstaltungen unserer Vereinigung. Am Kontakttreffen nahmen vom Vorstand ebenfalls teil Ulla Burchardt und Dr. Barbara Höll.

Die Ehemaligen aus den Ländern gaben ein „Update“ aus ihren



© VeMiDB

Dr. Alfred Beth, Dorothea Henzler, Dr. Franz Josef Jung, Rita Pawelski, Dr. Barbara Höll, Volker Pöhler, Hans Georg Junginger, Gisela Greiner, Eberhard Hoppe

Ehemaligen-Vereinigungen in den Bundesländern

| | | | |
|-------------------------------|---|---|---|
| Baden-Württemberg |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg Konrad-Adenauer-Str. 3 70173 Stuttgart | Vorsitzender Rudolf Köberle Minister a. D. |
| Bayern |  | Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Bayerischen Landtags e. V. Max-Planck-Str. 1 81627 München | Vorsitzender Adolf Dingreiter |
| Berlin |  | Parlamentarische Vereinigung Berlin e. V. Niederkirchnerstr. 5 10117 Berlin | Vorsitzende Gisela Greiner |
| Hamburg |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft Rathausmarkt 1 20095 Hamburg | Präsident Dietrich Wersich Vizepräsident Hamburgische Bürgerschaft a. D. |
| Hessen |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Hessischen Landtags e. V. Schlossplatz 1-3 65183 Wiesbaden | Vorsitzende Dorothea Henzler Staatsministerin a. D. |
| Mecklenburg-Vorpommern |  | Parlamentarische Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern e. V. Lennéstr. 1 19053 Schwerin | Präsident Eberhard Hoppe |
| Niedersachsen |  | Parlamentarische Vereinigung Niedersachsens e. V. Hannah-Ahrendt-Platz 1 30159 Hannover | Vorsitzender Bernd Busemann Vizepräsident Nds. Landtag |
| Nordrhein-Westfalen |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages von Nordrhein-Westfalen e. V. Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf | Vorsitzender Edgar Moron |
| Rheinland-Pfalz |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz e. V. Platz der Mainzer Republik 1 55116 Mainz | Präsident Dr. Alfred Beth Staatsminister a. D. |
| Saarland |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages des Saarlandes e. V. Franz-Josef-Röder-Str. 7 66119 Saarbrücken | Vorsitzende Marianne Granz |
| Sachsen |  | Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtages e. V. Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden | Präsidentin Angelika Freifrau von Fritsch |
| Sachsen-Anhalt |  | Parlamentarische Vereinigung Sachsen-Anhalt e. V. Domplatz 6-9 39104 Magdeburg | Präsidentin Gabriele Brakebusch Landtagspräsidentin a. D. |
| Thüringen |  | Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags e. V. Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt | Vorsitzender Volker Pöhler |

Mein Leben nach dem Bundestag – nicht nach der Politik

Marita Wagner

Nach meiner Zeit im Bundestag ging es ohne Pause politisch weiter. Neben einer fünfjährigen Ratsarbeit im Stadtrat von Gronau wurde ich Vorsitzende des Bundesverbandes selbstständiger Physiotherapeuten. Da hatte ich von der Lobbyseite her vielfältigen Kontakt zum Bundestag und hier natürlich vor allem zu dem Bundesgesundheitsministerium. Wir haben in Zusammenarbeit mit anderen Bundesverbänden von Therapeuten (Logopädie, Ergotherapie, Orthoptik) engagiert versucht, die therapeutischen Berufe auf das Niveau europäischer und internationaler Ebene durch Studiengänge anzuheben. Ein sehr mühseliges Unterfangen, was erst nach Jahren langsam aber stetig von Erfolg durch kleine Schritte in diese Richtung gekrönt wurde.

Nach diesen 13 Jahren habe ich mich erst mal wieder ausschliesslich meiner Arbeit in meiner physiotherapeutischen Praxis gewidmet, bis ich 2009 für die Linken in den Stadtrat von Gronau gewählt wurde. Neben der sehr aufwändigen ehrenamtlichen Arbeit im Rat wurde ich stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates des Rock- und Popmuseums und des Kulturbüros der Stadt. 2016 wurde ich, nach dem frühen Tod meines Vorgängers, Vorsitzende des Aufsichtsrates. Auch nach der Kommunalwahl 2020 wurde ich wieder einstimmig im Rat zur Vorsitzenden gewählt.



Ratssitzung, 22.6.2022

Schon als Jugendliche haben mich Kunst und Kultur besonders interessiert. Was wohl auch damit verbunden war, dass ich schon als Kind jahrelangen Unterricht in der klassischen Gitarre hatte. Ich habe viele Kunstausstellungen besucht und vor Ort an musikalischen Veranstaltungen und Theaterprojekten mitgewirkt.

Dass ich nun auf meinem Interessensgebiet auch auf politischer Ebene tätig werden konnte und sein kann, erfreut mich natürlich sehr und ich bin mit ganzem Herzen dabei. Und dass sowohl im Museum als auch im Kulturbüro völlig engagierte Mitarbeiter:innen ihrer Arbeit mit dem Herzen und Empathie nachgehen und sich ständig Gedanken darüber machen, wie das kulturelle Angebot der Stadt verbessert und erfolgreich sein kann, erleichtert die Arbeit des Aufsichtsrates. Aber auch der Aufsichtsrat, der aus Mitgliedern aller Parteien besteht, ist mit großem Engagement dabei.

Ein Höhepunkt der Arbeit bezogen auf das Museum war die Neugestaltung der Dauerausstellung, die auch mit baulichen Veränderungen verbunden war und sehr zeitaufwändig war, aber zu einem sehr guten Abschluss fand. Die Besucher:innenzahlen schnellten in die Höhe und der Bekanntheitsgrad wurde deutlich verbessert. Doch leider kam dann, bedingt durch die Pandemie, der Einbruch. Immer wieder musste man sich, auch bezüglich des Kulturbüros, auf neue Situationen einstellen. Totale Schließungen, Veranstaltungen unter den verschiedensten Bedingungen, die gesetzlich angeordnet wurden, erforderten ständig neue Überlegungen und Konzepte. Aber unermüdlich wurden neue Ideen geboren und umgesetzt. So wurde im Museum eine digitale Führung erarbeitet und angeboten, die auch nach Ende der Pandemie erfolgreich sein wird, da sie vor allem Schulen anspricht, die weiter entfernt liegen, wie zum Beispiel Kiel oder München, für die eine Tagesfahrt zum Museum nicht in Frage kommt. So wurde aus der Not eine Tugend.

Auch das Kulturbüro war sehr einfallsreich und hat verschiedene Angebote im Freien gemacht, die sehr gut angenommen wurden. Herausheben möchte ich dabei die musikalischen Angebote für ältere Menschen auf dem Gelände der Landesgartenschau. Gerade ältere Menschen in Einrichtungen hatten lange Zeit kaum eine Möglichkeit mit der Außenwelt Kontakt aufzunehmen und nahmen die Angebote dankbar an.

Als Fazit für mich kann ich sagen, dass die Betätigung in dem Bereich, der schon immer meine Herzensangelegenheit war und ist, mir sehr viel Freude macht und ich kann alle Ehemaligen nur dazu ermuntern, sich dem zuzuwenden, was schon immer ihr Anliegen war und ist.

Abschied und doch kein Abschied

Jörg van Essen

Bereits nach der Bundestagswahl 2009 hatte ich entschieden, nicht erneut zu kandidieren. Zum Wahltermin 2013 wurde ich 66 Jahre alt. Ein guter Zeitpunkt, um selbstbestimmt aufzuhören. Zu den Entscheidungen gehörte auch, die Berliner Wohnung beizubehalten. Für die vielen Ausstellungen in Berlin war nun endlich Zeit, dachte ich.

Und dann kam der Wahlabend mit dem Nichtwiedereinzug meiner Partei in den Bundestag. Statt Ausstellungen zu besuchen, musste nun nicht nur die Abwicklung meines Büros, sondern die der ganzen Fraktion organisiert werden. Die Fraktion entschied, die Parl. Geschäftsführer mit juristischer Vorbildung, damit auch mich, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Sorgen und Tränen der Mitarbeiter, die zum Teil seit Jahrzehnten für unsere Fraktion gearbeitet hatten und teilweise kurz vor der Rente standen, werde ich nie vergessen. Einen Termin, auf den ich mich seit langem gefreut hatte, konnte ich deshalb überhaupt nicht genießen: Ich wurde im Oktober auf Burg Stahleck in der Nähe von Hammelburg mit einer Serenade aus dem Führungskreis des Heeres verabschiedet.

Und die nächsten zwei Einschlüge kamen kurze Zeit danach. Wie weitere Fraktionen hatten wir seit Beginn der sechziger Jahre unsere Mitarbeiter bei einer Versorgungskasse zusatzversichert. Völlig überraschend forderte diese Kasse aufgrund eines kurz vorher ergangenen höchstrichterlichen Urteils einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 5,8 Mio. von der Fraktion. Wir haben diese Forderung natürlich aus verschiedenen rechtlichen Gründen nicht anerkannt. Und dann kam die Ankündigung des Bundesrechnungshofes Mitte 2014, als wir fast ohne Mitarbeiter waren, die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen im Wahljahr 2013 prüfen zu wollen. Im Gegensatz zur PDS, die in ihrer Liquidation nicht geprüft wurde, bestand man darauf, uns trotz der auf die ge-

setzlich vorgeschriebenen Unterlagen reduzierten Aktenbestände in die Untersuchung einzubeziehen. All das beschäftigte mich im ersten Jahr nach meinem Ausscheiden aus dem Bundestag nahezu in Vollzeit und auch später noch intensiv, da die beiden Liquidatorenkollegen ihren Berufen nachgingen und ich als Ruheständler dafür prädestiniert war. Insbesondere die Erfahrungen vor den verschiedenen Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit waren „prägend“.

Durch die immer hervorragende Zusammenarbeit unter den Liquidatoren und mit unserem Justiziar konnten wir letztendlich ein sehr erfreuliches Schlussresultat erzielen: Wir brachten einen Großteil unserer Mitarbeiter in eine neue Beschäftigung. Die Zusatzversorgungskasse hat ihre behauptete Millionenforderung nie rechtshängig gemacht und verjähren lassen. Die Bundestagsverwaltung hat alle vom Bundesrechnungshof gegen uns und die anderen Fraktionen erhobenen Vorwürfe sorgfältig geprüft. Im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen wurde gegen meine Partei als einziger keine Strafzahlungen

festgesetzt. Aber alles das zog sich über fünf Jahre hin. Es war deshalb eine unglaubliche Erleichterung, als die Bundestagsverwaltung uns im Herbst 2018 mitteilte, sie betrachte die Liquidation als erledigt.

Und natürlich konnte dann doch in der Zwischenzeit mit dem Besuch der vielen kulturellen Angebote in Berlin begonnen werden. Und auch die Berliner Spitzenküche, die für mich zu den angewandten Künsten zählt, wird regelmäßig und gerne besucht. Insbesondere in der Pandemie, aber auch schon vorher seit meinem Ausscheiden, war regelmäßiger Sport für mich ein notwendiger wichtiger Ausgleich. Jeden Tag werden mindestens 20 km mit dem Rad oder 10 km zu Fuß absolviert.

Der beständige Wechsel zwischen Hamm mit seinen wunderbaren Radrouten und dem immer quirligen Berlin tut gut! Und die Politik? Natürlich lässt sie mich nicht los. Aber ich habe allen Anfragen widerstanden, dem Geschäftsmodell einiger Ehemaliger zu folgen, und Hinweise von der Seitenlinie insbesondere an die eigene Partei zu geben. Dafür verzichte ich gerne auf die journalistische Beförderung zum Urgestein. Dass die aktuelle Situation mich gerade in diesen Tagen als Politiker, Jurist und langjähriger Kommandeur in der Bundeswehr unter allen drei Aspekten besonders fesselt, ist keine Überraschung.

© Deutscher Bundestag / Presse-Service Stepanovits



Plenarsitzung Bonn, 1991

Erlesenes



Ernst Ulrich von Weizsäcker
Der Planet ist geplündert – was wir jetzt tun müssen
Hirzel Verlag, geb.
208 S., 22,00 €
978-3-7776-3020-5



Wolfgang Frhr. von Stetten
Holocaust- und KZ-Überlebende im Baltikum – Juden zweiter Klasse?
Stetten Verlag
gebunden, 18,00 €
978-3-00-070747-6



Wolfgang Frhr. von Stetten
Wolfskinder-Glücksmomente / 30 Jahre litauisch-deutsche Begegnungen
Molino Verlag
gebunden, 360 S., 25,00 €
978-3-948696-10-8



Jürgen Türk
Wir sollten reden – Vertrauen(s)-Verlust-Ängste
www.juergen-tuerk.de
Softcover, 301 S., 9,90 €
978-3-9824280-0-0



Olaf Schwencke
Kultur Politik neu denken
Festschrift zum 85. Geburtstag
Hrg. Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Hardcover, 288 S.



Klaus von Dohnanyi
Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche
Siedler Verlag
Hardcover, 240 S., 22,00 €
978-3-641-28557-9

Personalien

Bundesinnenminister a. D. **Gerhart Baum**, der als Zwölfjähriger die Bombardierung Dresdens erlebte, äußerte sich bei *maischberger* am 9.2.2022 und am 23.3.2022 zum Ukraine-Krieg. Er war ebenfalls Gast zu diesem Thema bei *Markus Lanz* am 24.2.22 und bei *hart aber fair* am 2.5.22.

*

Auch **Dr. Klaus von Dohnanyi**, ehemaliger Bundesminister und langjähriger Hamburger

Bürgermeister äußerte sich zur deutschen Russland-Politik. Er war dazu eingeladen bei *maischberger* am 24.2.2022 und 11.5.2022 sowie bei *maybrit illner* am 10.3.2022. „Ich habe diesen Krieg nicht für möglich gehalten“, so der 93-jährige SPD-Politiker bei *Markus Lanz* am 24.3.2022.

*

Zu Fehlern in der Russlandpolitik, zum Zustand der Bundeswehr sowie zu den Waffenlieferungen an die Ukraine äußerte sich Ex-Bundesinnen- und Verteidigungsminister **Prof. Dr. Thomas de Maizièr** am 28.4.2022 bei *Markus Lanz*.

*

Auch **Ruprecht Polenz**, Präsident Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V., diskutierte

über die Frage „Mehr Waffen für die Ukraine – ist das der Weg zum Frieden?“ am 8.5.2022 bei *Anne Will*.

*

Dr. Eva Högl, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, äußert sich zu Zustand und Ausstattung der Bundeswehr und zu den verteidigungspolitischen Herausforderungen Deutschlands bei *Markus Lanz* am 18.5.2022.

*

Über das Thema Fachkräftemangel in Deutschland diskutierte gemeinsam mit anderen Gästen am 4.4.2022 bei *hart aber fair* der Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes und ehemalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle**.



© Lichtblick / Achim Meide

Am 25.4.2022 verstarb im Alter von 91 Jahren Bundesministerin a. D. **Prof. Dr. Ursula Lehr**. Von 2004 bis 2008 hat sie sich als Präsidentin und von 2008 bis 2010 als Beisitzerin für unsere Vereinigung engagiert. Vielen von uns ist sie darüber hinaus in ihrer Funktion als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit in guter Erinnerung. Als Gründungsdirektorin des Instituts für Gerontologie, wo sie sich mit großer Leidenschaft und internationaler Beachtung der Altersforschung widmete, wirkte sie maßgeblich daran mit, das Altersbild in unserer Gesellschaft aber auch in anderen Ländern tiefgreifend zu verändern.

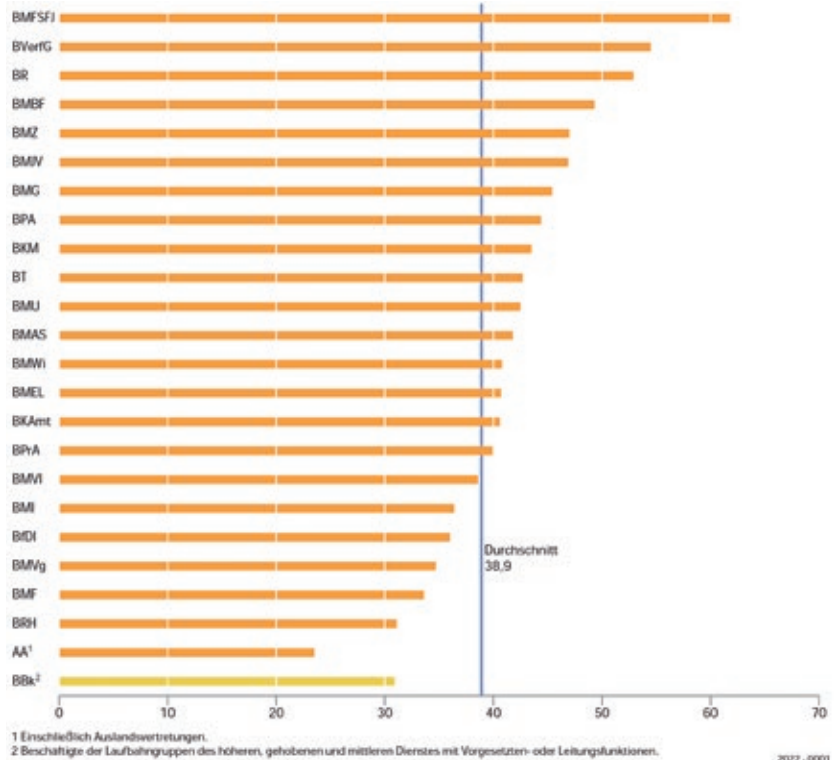
Gleichstellung in obersten Bundesbehörden

Die Fraktion Die Linke hatte in einer Anfrage (20/752) an die Bundesregierung bemängelt, dass keine konkreten Maßnahmen genannt werden, wie die Regierung die Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Dienst erreichen wolle. Zwar betrug im Jahr 2019 der Frauenanteil 54 %, allerdings werde er geringer je höher der Dienstgrad sei. Zudem habe der Frauenanteil bei Leitungsfunktionen in obersten Bundesbehörden 2019 nur bei 36 % gelegen.

Zu der Frage, was zur Steigerung dieses Anteils geplant sei, stellte die Regierung in ihrer Antwort (20/910) fest, dass die Ausgangsbedingungen in den einzelnen Dienststellen sehr vielfältig seien. Zur Erreichung des Ziels bedürfe es eines Instrumentenkastens an konkreten Maßnahmen, die von den einzelnen Dienststellen abgestimmt auf ihre jeweiligen Bedürfnisse anzupassen und auszuwählen seien. Dazu gehöre auch der Ausbau von Modellen wie Führen in Teilzeit. Um das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen zu erreichen, räumt die Bundesregierung gleichstellungspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf hohe Priorität ein.

Laut Gleichstellungsindex 2021 steigt der Anteil von Frauen in Führungspositionen im

Frauenanteil an allen Leitungsfunktionen in den obersten Bundesbehörden am 30.6.2021 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Gleichstellungsindex 2021

öffentlichen Dienst der obersten Bundesbehörden kontinuierlich. Zum Stichtag 30.6.2021 betrug er 38,9 %. Der Bericht zum Gleichstellungsindex wird im Auftrag des BMFSFJ erstellt. Der Index misst jährlich zum 30.6. die Umsetzungserfolge einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und

Männern an Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden.

Der Bericht ist online abrufbar beim Statistischen Bundesamt (www.destatis.de).

Die Geschäftsführerin informiert

Wir begrüßen:

Marie-Luise Dött (CDU)
MdB 1998–2021

Dr. Martin Schwanholz (SPD)
MdB 2002–2013

Ulla Jelpke (DIE LINKE)
MdB 2005–2021
MdB 1990–2002

Evelyne Gebhardt (SPD)
Vizepräsidentin Europäisches Parlament a. D.
MdEP 1994–2022

Alois Karl (CSU)
Oberbürgermeister a. D.
MdB 2005–2021

Martin Patzelt (CDU)
Oberbürgermeister a. D.
MdB 2013–2021

90 Jahre

- 04.07. Marlene Lenz
53177 Bonn
- 28.10. Gerhart Rudolf Baum
Bundesminister a. D.
50678 Köln
- 15.12. Theo Magin
Bürgermeister a. D.
67105 Schifferstadt
- 19.12. Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.
67346 Speyer
- 24.12. Prof. Dr. Josef Bugl
68163 Mannheim

85 Jahre

- 17.07. Dr. Andreas von Bülow
Bundesminister a. D.
53129 Bonn
- 15.09. Adolf Roth
35394 Giessen
- 11.10. Peter Keller
97225 Zellingen
- 13.10. Dr. h. c. Rudolf Seiters
Bundestagsvize-
präsident a. D.
26871 Papenburg
- 16.10. Kurt Palis
29643 Neuenkirchen
- 22.10. Angela Grützmann
14165 Berlin
- 09.12. Dieter Schanz
16348 Wandlitz
- 15.12. Dr. Renate Heinisch
97944 Boxberg
- 15.12. Peter Kurt Würzbach
Parl. Staatssekretär a. D.
23795 Klein Rönau
- 26.12. Rainer Offergeld
Bundesminister a. D.
79540 Lörrach
- 29.12. Dr. Rolf Olderog
23758 Oldenburg

80 Jahre

- 18.07. Dr. Hedda von Wedel
Staatssekretärin a. D.
56626 Andernach
- 18.08. Ludwig Eich
53567 Buchholz
- 19.08. Jochen Feilcke
14057 Berlin
- 29.08. Dr. Cornelia
Sonntag-Wolgst
Parl. Staatssekretärin a. D.
20146 Hamburg
- 08.09. Detlef Parr
40883 Ratingen
- 19.09. Reiner Krziskewitz
06406 Bernburg
- 24.09. Gerhard Rübenkönig
34292 Ahnatal
- 06.10. Ulf Fink
10117 Berlin
- 08.11. Sigrun Löwisch
79110 Freiburg
- 19.11. Lilo Blunck
06120 Halle
- 21.11. Heidemarie
Wieczorek-Zeul
Bundesministerin a. D.
65183 Wiesbaden
- 24.11. Heinz Schreiber
42651 Solingen
- 27.11. Dr. Wolfgang Hackel
Minister a. D.
14163 Berlin
- 07.12. Peter Enders
14165 Berlin
- 12.12. Hannelore Rönsch
Bundesministerin a. D.
65201 Wiesbaden
- 13.12. Bernd Wilz
Parl. Staatssekretär a. D.
42670 Solingen
- 21.12. Manfred Such
DK-9480 Løkken

80 Jahre

- 21.12. Dr. Wolfgang Weng
70839 Gerlingen
- 25.12. Ortwin Lowack
95444 Bayreuth
- 28.12. Uta Titze-Stecher
82223 Eichenau

75 Jahre

- 01.07. Helga Kühn-Mengel
50321 Brühl
- 23.07. Martin Patzelt
Oberbürgermeister a. D.
15518 Briesen
- 01.08. Günter Baumann
Bürgermeister a. D.
09477 Jöhstadt
- 12.08. Waltraud Lehn
45772 Marl
- 21.08. Dr. Marlies Volkmer
01109 Dresden
- 01.09. Rolf Kutzmutz
14480 Potsdam
- 06.09. Eduard Oswald
Bundestagsvize-
präsident a. D.
86424 Dinkelscherben
- 18.09. Petra Merkel
13347 Berlin
- 24.09. Peter Götz
Bürgermeister a. D.
76437 Rastatt-
Wintersdorf
- 29.09. Jörg van Essen
Oberstaatsanwalt a. D.
59071 Hamm
- 07.11. Elke Wülfing
Parl. Staats-
sekretärin a. D.
46325 Borken
- 08.11. Ruth Hieronymi
53225 Bonn
- 29.11. Renate Rennebach
10713 Berlin
- 04.12. Ute Kumpf
28213 Bremen

75 Jahre

- 20.12. Marlene Rupprecht
75328 Schömburg
- 24.12. Christian Müller
02779 Grobschönau
- 25.12. Antje Blumenthal
22047 Hamburg
- 31.12. Clemens Schwalbe
12623 Berlin
- 31.12. Klaus Hagemann
67574 Osthofen

Wir gedenken

- Dr. h. c. mult. Hermann Rappe
† 30.01.2022
- Horst Kubatschka
† 19.03.2022
- Dr. h. c. Horst Schröder
† 06.04.2022
- Ulrich Irmer
† 12.04.2022
- Dr. Norbert Wieczorek
† 12.04.2022
- Josef Göppel
† 13.04.2022
- Prof. Dr. Dres. h. c. Ursula Lehr
† 25.04.2022
- Dr. Martina Bunge
† 01.05.2022

Datenschutz: Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

Redaktion:

Andrea Wicklein, Geschäftsführerin
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
(v. i. S. d. P.)
Andrea Wicklein, Carmen Pägelow, Maria Korinth
Redaktionsschluss: 24.6.2022

Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling
Druck: MOTIV OFFSET GbR